

# **SPD** demokratischer pressediens

P/XXVIII/209

30. Oktober 1973

**Demokratie braucht Kontrolle der Exekutive**

-----  
**Notwendige Feststellungen zur Diskussion um  
die Bundeswehr**

**Von Alfons Pawelczyk MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des  
Bundestages und Oberstleutnant der Bundes-  
wehr d.R.**

**Seite 1 bis 4 / 140 Zeilen**

**Nahost-Schatten über unserer Energieversorgung**

-----  
**Aktuelle Fakten zum Energieplan der Bundesre-  
gierung**

**Von Erwin Stahl MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für For-  
schung und Technologie**

**Seite 5 bis 7 / 87 Zeilen**

**"Europa" muß seine Arbeit rationalisieren**

-----  
**Konzentration der EG auf einen Ort zwingend  
nötig**

**Von Horst Seefeld MdB  
Mitglied des Europäischen Parlaments**

**Seite 8 und 9 / 60 Zeilen**

**Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Presshaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 05 86 846 - 48 ppbn d**

**Herausgeber und Verleger:**

**SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611**

**Demokratie braucht Kontrolle der Exekutive**  
-----

**Notwendige Feststellungen zur Diskussion um die Bundeswehr**

**Von Alfons Pawelczyk MdB**

**Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages  
und Oberstleutnant der Bundeswehr d.R.**

CDU und CSU wundern sich, daß neuerdings kritische Stellungnahmen zum Thema "Kontrolle der Exekutive" abgegeben werden. Die Opposition hat keinen Anlaß erstaunt zu sein, denn sie gehört zu jenen, die solche Stellungnahmen herausgefordert haben. Dazu drei Beispiele:

1/ "FAZ" vom 12. September 1973: "Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht länger entziehen"; 2/ "FAZ" vom 13. September 1973: "Wo jedoch die Kluft zwischen den beiden mächtigsten politischen Lagern unüberbrückbar geworden war und wo sich eine Minderheitskoalition nicht mehr imstande zeigte, reagieren zu können, blieb kein anderer Ausweg"; 3/ CDU-MdB Dr. Bruno Heck nach seiner Rückkehr aus Chile: Er habe von seinen Gesprächspartnern den Eindruck vermittelt bekommen, daß "das Eingreifen der Militärs der einzige Ausweg" in Chile gewesen sei.

Die Zitate sind Ausdruck einer gefährlichen geistigen Verwirrung. Die Armee soll also in bestimmten Situationen die Schiedsrichterrolle in der Demokratie übernehmen! Gegen diese Position muß in aller Schärfe zu Felde gezogen werden. Es wäre ein schlechtes Zeichen für unsere Demokratie, wenn sich niemand gegen diese unerhörten Stellungnahmen äußern würde. MdB Erwin Horn ist also nicht der Auslöser der Debatte; er reagierte lediglich. Auslöser ist unter anderem das führende CDU-Mitglied Dr. Bruno Heck, zugleich Vorsitzender des Unterausschusses humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages.

Horn hatte sich in seinem Artikel folgende Passage aus der Rede des ehem. Juso-Bundvorsitzenden Carsten Voigt zu eigen ge-

macht, die dieser auf einer öffentlichen Kundgebung in Frankfurt unmittelbar nach dem verbrecherischen Putsch in Chile gehalten hatte: "Der Putsch wurde durchgeführt von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst: von Generälen, Admirälen und Polizeichefs. In Chile entpuppten sich als Verfassungsfeinde im entscheidenden Konflikt nicht etwa Sozialisten und Kommunisten, sondern Militärs unter Duldung oder Zustimmung von nationalistischen und christdemokratischen Politikern. Dies sollte uns auch für die Bundesrepublik zu denken geben. Deshalb ist es nur zu verständlich, daß wir jetzt verstärkt fragen und prüfen müssen, von welchen Gedanken die Bundeswehr und der Bundesgrenzschutz bestimmt werden."

Voigt sprach vor einer zu Recht aufgebrachten Versammlung. In einer solchen Atmosphäre ist die von Horn zitierte Redestelle mißverständlich. Meines Erachtens hätte Voigt einen erklärenden Satz hinzufügen müssen, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß es keinen konkreten Anlaß gibt, an der Verfassungstreue unserer Bundeswehr zu zweifeln. Meine Einschränkung ändert nichts daran, daß ich die Aussage Voigts grundsätzlich für richtig halte. Sie gehört aber in eine Sachdiskussion zum Thema Kontrolle der Armee in der Demokratie und nicht auf eine Kundgebung dieser Art.

Wir Sozialdemokraten stellen seit vier Jahren den Bundesminister der Verteidigung. Wir haben die Bundeswehr aus der Erstarrung gelöst. Wir haben die Belastung der jungen Männer durch Wehrdienstzeitverkürzung um drei Monate gerechter gestaltet. Wir haben durch eine Vielzahl von Sozial- und Fürsorgemaßnahmen Benachteiligungen, unter denen unsere Soldaten zu leiden hatten, beseitigt. Wir haben den Soldaten die Ausübung des Koalitionsrechts (Artikel 9 Grundgesetz) ermöglicht. Die CDU/CSU hatte ihnen dieses Grundrecht vorenthalten, obwohl es gemäß Artikel 17a Grundgesetz auch für Soldaten nicht eingeschränkt werden darf. Der damalige CDU-Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel geriet bei dem Versuch, dieses Grundrecht auch für Soldaten durchzusetzen, in eine Bundeswehrkrise. Unter Helmut Schmidt wurde der Vorgang reibungslos vollzogen. Wir haben die Bildungsreform angepackt. Kommentare der Opposition dazu: "...schließlich brauchen wir keine Ausbildungs- und Bildungskonzeption für die Abschaffung der Armee". Den Präsidenten der Hamburger Bundeswehr-Hochschule, Prof. Dr. Thomas Ellwein, versuchte die CDU/CSU durch die Diffamierung auszuschalten: "Ein sozialistischer Professor und seine entsprechenden Mitarbeiter sind Persönlichkeiten, die ein sehr gespanntes Verhältnis zu diesem Staat, zu seiner gegenwärtigen Struktur und zur Notwendigkeit des Unterhalts von bewaffneten Verteidigungskräften haben."

Die Bundeswehr hat trotz polemischer Begleitmusik der Oppo-

sition diese Reformen loyal mitvollzogen. Sie hat sich nicht irritieren lassen. Dafür sind wir ihr Anerkennung schuldig. Besonderes Verdienst an dieser Entwicklung haben die beiden sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt und Leber und deren Parlamentarischer Staatssekretär Berkhan. Sie haben verhindert, daß der Opposition die Aufspaltung der Bundeswehr in zwei Lager gelungen ist.

Diese Politik wird von der sozialdemokratischen Partei und Fraktion getragen. Die Opposition weiß es, trotz aller gegenteiliger Behauptungen. Alternativen zu unserer Verteidigungspolitik besitzt sie nicht. Deshalb stürzt sie sich auf mißverständliche Äußerungen, die jedem einmal unterlaufen können. Dem Anspruch, ernstzunehmende Alternative zur Bundesregierung zu sein, kann sie mit der Methode nicht gerecht werden.

In der aktuellen Diskussion geht es um das Thema Kontrolle der Exekutive durch die Legislative. Streitkräfte in der Demokratie bedürfen besonderer Kontrolle. Ich hoffe, alle Fraktionen des Deutschen Bundestages sind nach wie vor dieser Auffassung. Vertrauen und Kontrolle sind kein Widerspruch. Wir müssen denen entgegentreten, die Kontrolle in Mißtrauen umdeuten wollen. Der Bundestag hat in den fünfziger Jahren nach langen Diskussionen auf hohem Niveau die nötigen Kontrollinstrumente geschaffen: Ziviler Oberbefehl (Artikel 65a Grundgesetz), Verteidigungsaus-schutz mit Sonderrechten (Artikel 45a Grundgesetz), Wehrbeauftragter des Bundestages (Artikel 45b Grundgesetz) und Offenlegung der Politik im Haushaltsplan (Artikel 87a (1) Grundgesetz).

Die Kontrollausübung wird zunehmend schwieriger. Dafür einige Beispiele:

1/ Die Integration von Streitkräften in ein Bündnis erschwert die Kontrolle.

2/ Die Zusammenhänge im Rüstungsbereich werden immer komplizierter. Sind Bedarf oder Angebot die Auslöser für Beschaf-

fungsprogramme? Wir müssen prüfen ob das Wettrüsten nicht auch durch den Ideenreichtum derjenigen angetrieben wird, die in der Rüstungsindustrie in West und Ost tätig sind.

3/ Es zeichnen sich in den innenpolitischen Bereichen der Staaten Prioritätsverschiebungen ab. Deshalb gilt es auch für unsere Bundeswehr bestimmte Entwicklungen zu verarbeiten.

a/ Durch außenpolitische Fortschritte erleben wir einen Abbau der Feindbilder. Die Begründung für die Notwendigkeit unserer Bundeswehr bei einem finanziellen Mittelansatz von 20 bis 22 vH. des Gesamtetats erfordert also die intellektuelle Durchdringung des komplizierten Feldes der Rüstungskontroll- und Entspannungspolitik.

b/ Die immer deutlichere Forderung der Bürger nach höheren Ausgaben für innere Reformen bezieht die Höhe der Verteidigungsausgaben zwangsläufig in die Diskussion ein. Bestimmte innenpolitische Reformen werden auch deshalb unaufschiebbar. Es sei denn, wir nehmen innenpolitische Krisen in Kauf, die ihrerseits außenpolitische Sicherheitsbeiträge fragwürdig machen.

4/ Schließlich wollen wir nicht die Anforderungen unterschätzen, die in den konkreten Verhandlungen bei KSZE, MBFR und SALT an die Soldaten der betroffenen Streitkräfte gestellt werden.

Scharfsinnige Beobachter sprechen von einer "Sinnkrise", die die Streitkräfte erleben könnten.

Wer über diese Probleme nachdenkt, sich öffentlich erklärt und dabei in Formulierungen auch über das Ziel hinausschießt, weil ihn die Tragweite beunruhigt, hat meinen Respekt. Besonders dann, wenn er seine Äußerungen in einem Interview präzisiert. Die Opposition spricht trotzdem von Diffamierung der Bundeswehr. Sie beweist, daß ihr mehr an Polemik als an konstruktiver Mitarbeit gelegen ist. CDU und CSU leisten damit keinen Beitrag zur Integration unserer Bundeswehr in die Gesellschaft. Sie versuchen die Bundeswehr unterwegs abzufangen, um Zweifel gegenüber der eigenen Regierung zu wecken. Solche Politik ist geeignet, unsere Sicherheit zu unterminieren, weil eine verunsicherte Armee an Einsatzwert verliert.

(-/30.10.1973/ks/ee)

+ + +

**Nahost-Schatten über unserer Energieversorgung**  
-----

**Aktuelle Fakten zum Energieplan der Bundesregierung**

Von Erwin Stahl MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die letzten Wochen und Monate, besonders die Nahostkrise, lassen das Problem der Energieversorgung der BRD erneut aktuell werden. Aus den damit verbundenen Erkenntnissen ist es zu begrüßen, daß das Problem der Energie in den Vordergrund der politischen Diskussion tritt. Einen Beitrag dazu hat auch das Kabinett mit der Vorlage des Energieprogramms geleistet.

Zu dieser Diskussion nun folgende Feststellungen.

Im Energieprogramm der Bundesrepublik erfolgte erstmalig eine Bestandsaufnahme der bisherigen Energiepolitik sowie die Planung einer Gesamtkonzeption für die zukünftige Energieversorgung in der Bundesrepublik. In der Gesamtkonzeption sind vor allem auch die einheimischen Energieträger Kohle, Braunkohle, Gas und Kernenergie entsprechend berücksichtigt. Die Darstellung der Risiken innerhalb der einheimischen Energieversorgung sowie das Aufzeigen der Abhängigkeit von Energieimporten wird bei Politikern, Bürgern und Industrieverbrauchern zur Aufhellung des Problems der Energieversorgung für die Bundesrepublik beitragen.

Das Programm sieht im Grundsatz sachgerechte und wirksame Instrumente zur Erreichung des Zieles - nämlich einer am Bedarf orientierten Möglichkeit der ausreichenden Versorgung mit preisgünstiger Energie - vor. Außerdem wird dem Umweltschutz in hohem Maße Rechnung getragen. Das Absatzziel im Bereich Steinkohle von 83 Millionen t pro Jahr ist politisch abgesichert, Schrumpfung und Altlasten des Bergbaues werden von den Produktionskosten wenigstens teilweise bereinigt. Damit kann in gewisser Bandbreite wenigstens eine verantwortungsbewußte Belegschafts-, Produktions- und Investitionspolitik betrieben werden. Soziale Maß-

nahmen für zwangsweise durch Schließung von Schachtanlagen ausscheidende Belegschaftsmitglieder werden verlängert, um Härten für die Bergleute zu vermeiden.

Die Vorratshaltung von Energieen der Träger Öl und Kohle ist zufriedenstellend.

Allerdings muß angemerkt werden, daß auch einiges nicht unbedingt positives im Energieprogramm zu verzeichnen ist. So sollte z.B. im Bereich Strom aus Kernenergie die dargestellte Planung der Kraftwerke mehr den realen Möglichkeiten entsprechen und detaillierter dargestellt werden. Die Vorstellungen zur Erreichung des gesteckten Zieles scheinen meiner Ansicht nach nicht den neuesten Erkenntnissen zu entsprechen.

Der Stromerzeugung durch die bivalente Beschickung von Kraftwerken mittels Öl oder Kohle müßte mehr Gewicht beigemessen werden. Bau von Kraftwerken und ihre Investitionszahlen sollten spezieller dargestellt sein.

Der Veranschlagungszeitraum des Programms 1977/80/85 erscheint mir zu kurz. Investitionen und Planungen vor allem im Bergbau und im Kernbereich bedürfen längerer Zeiträume, um der Energiewirtschaft zu nutzen.

Die angezeigte Zahl von 83 Millionen t Steinkohlenabsatz im Jahr ist nach Lage der Dinge (z.B. die Nahostkrise) aus Gründen der Sicherheit für die künftige Energieversorgung allzu tief angesetzt. Die Förderung wird 1973 bei rd. 96 Millionen t liegen; der derzeitige Absatz an die Elektrizitätswirtschaft liegt jeweils bei über 32 Millionen t pro Jahr. Auch eine technische Notwendigkeit, auf 30 Millionen t Steinkohle zurückzufahren, dürfte daher m.E. nicht bestehen.

Die Entlastung des Bergbaues von den vergangenheitsbedingten Altlasten ist mit einer DM je t für 1974 und zwei DM

je t für 1975 zu gering veranschlagt. Eine jährliche nachträgliche Bezuschussung durch Haushaltsmittel des Bundes ist nicht dienlich, weil sie zu falschen Schlüssen in Zukunft führen könnte.

Es sollte auch überlegt werden, ob man die neue Entwicklung des Energiemarktes nicht schon vor Festschreibung durch gesetzliche Fakten stärker berücksichtigen sollte. Dabei sei nur angedeutet, daß man der Bevorratung von Steinkohle für Kraftwerke mehr Augenmerk schenken könnte.

Die durchaus positiven Darstellungen des Programms müssen gesetzlich baldmöglichst ausgeführt werden. Die Stromerzeugung von 1980 in zu schätzender Höhe von 500 Milliarden kwh gegenüber 1970 von 250 Milliarden kwh und der dazu gehörige Bedarf an Kraftwerken bedürfte eines besonderen Kraftwerkprogramms sowie der notwendigen Investitionen in spezifischer Darstellung. Bei dem dargestellten Verbrauch wird ein Pfennig Preisunterschied für die Kilowattstunde im Jahr 1980 einen Betrag von fünf Milliarden DM ausmachen. Diese Zahlen müssen im Verhältnis des Bruttosozialproduktes zum Haushaltsvolumen und Einkommen sowie den notwendigen frühzeitigen Investitionen gesehen werden.

Da eine sichere Energieversorgung großen Einfluß auf die Erhaltung der Arbeitsplätze und eines damit verbundenen Wohlstandes in unserer Bundesrepublik hat, sollte man heute das Problem nicht nur durch die fiskalische Brille sehen, denn "ohne ausreichende Energie raucht kein Schornstein mehr".

Eine vertane Chance in diesem Wirtschaftsbereich ist nicht mehr wiedergutzumachen. Deshalb wäre zu wünschen, daß der Frage einer Versorgungsmöglichkeit aus einheimischer Energie mehr Priorität gegeben werden sollte. Das würde uns letztlich nicht nur unabhängiger vom ausländischen Energiemarkt machen.

(-/30.10.1973/wt/ee)

+ + +



**"Europa" muß seine Arbeit rationalisieren**  
-----

**Konzentration der EG auf einen Ort zwingend nötig**

**Von Horst Seefeld MdB**

**Mitglied des Europäischen Parlaments**

In einigen Zeitungen und Zeitschriften ist die "Frage-Aktion" von Mitgliedern des Europäischen Parlaments über dessen Sitz und dessen Tagungsorte zum Anlaß für Spekulationen und Behauptungen genommen worden. So wurde der Eindruck erweckt, als ob die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments erklärte Gegner Straßburgs seien. Dies ist nicht der Fall, denn sie sind vielmehr für eine Konzentration von Rat, Kommission und Europäischem Parlament an einem Ort, damit eine sinnvolle und effektive Arbeit geleistet werden kann. Damit ist zunächst noch keine Aussage darüber gemacht, welcher dieser zentrale Ort sein müßte. Es ist falsch, wenn man aus der Tatsache, daß dieses Thema während einer Plenartagung in Luxemburg aufgeworfen wurde, einfach schließen wollte, daß von den Fragestellern Luxemburg favorisiert würde.

Für Kenner der Materie gibt es keinen Zweifel: Durch die Streuung der Arbeitsorte des Europäischen Parlaments entstehen enorme Belastungen. Sie sind organisatorischer, arbeitstechnischer, finanzieller und für die Betroffenen - Arbeitnehmer wie Abgeordnete auch physischer Art. Die Arbeitsverteilung auf die verschiedenen Tagungsorte ist in der zahlen- und flächenmäßig nunmehr vergrößerten Gemeinschaft noch problematischer geworden. Es beginnt mit der Frage nach den Verkehrsverbindungen und den dadurch in Rechnung zu stellenden Reisezeiten und geht über die Effektivität bis hin zu den noch vertretbaren Finanzbelastungen, denn letztere setzen sich schließlich aus Steuergeldern zusammen, die sorgfältig zu verwenden sind. Kommission und Rat haben ihren Sitz in Brüssel. Das Parlament tagt in Luxemburg - drei Stunden von Brüssel entfernt, oder in Straßburg - sechs Stunden Entfernung von Brüssel. Kein nach rationalen Gesichtspunkten arbeitendes Unternehmen leistet sich solch außerordentlichen, durch nichts gerechtfertigten Aufwand

wie das Europäische Parlament. Zu allen Plenar- und Ausschußsitzungen reisen nicht nur Beamte, zahlreiche Hilfskräfte und die Abgeordneten, sondern auch die Mitarbeiter der Kommission einschließlich der Kommissare, und zu den Plenartagungen darüber hinaus noch Vertreter des Ministerrates. Hinzu kommt noch der immer stärker werdende "Aktenberg", der Monat für Monat in diverse Möbelwagen verpackt durch die europäische Landschaft hin und her transportiert wird.

Hier kann nicht der Platz sein, dieses sicherlich nicht leicht zu lösende Problem in allen Einzelheiten aufzuzeigen. Es muß aber aus den genannten und weiteren Gründen der Zeitpunkt gekommen sein, ernsthaft nachzudenken und zu vertretbaren Regelungen zu kommen. Dabei müssen alle wirtschaftlichen und politischen Aspekte untersucht und in die Entscheidung einbezogen werden. Vor- und Nachteile sind einander gegenüber zu stellen und abzuwägen. Das Europäische Parlament muß - schon im eigenen Interesse - die Initiative ergreifen und die Regierungen der Mitgliedstaaten auffordern, innerhalb einer bestimmten Frist über einen Sitz für die Gemeinschaftsorgane zu befinden. Es ist nach den Verträgen nicht Sache des Parlaments, den Sitz der Gemeinschaftsorgane zu wählen. Sollte innerhalb dieser Frist dann aber keine Entscheidung getroffen sein, dann müßte das Europäische Parlament von sich aus seinen Arbeitsort selbst festlegen.

Erfreulich ist es auf jeden Fall, daß die Initiative einiger sozialdemokratischer Abgeordneter schon zu Taten geführt hat. Eine ad-hoc-Arbeitsgruppe ist im Europäischen Parlament tätig geworden und hat die Arbeit zur "Prüfung der Verfahren und der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments" aufgenommen. Das Thema ist akut und muß bis zu einer Lösung auf der Tagesordnung bleiben.

(-/29.10.1973/bgy/ee)

+ + +